

Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ – Trockene Zahlen mit Sprengkraft

1. Ein überraschender Bestseller	126
2. Kritische Distanz zur eigenen Zukunft	126
3. Verteilung von Einkommen und Vermögen: Zurück ins 19. Jahrhundert?	128
4. Ungeregelter Kapitalismus führt zur Akkumulation und Konzentration der Vermögen	128
5. Einkommens- und Vermögensverteilung außer Rand und Band	129
6. USA: Gigantische Einkommensumverteilung beschleunigt Vermögenskonzentration	131
7. Große Vermögen erzielen eine höhere Rendite	133
8. Datendefizite bei der Erfassung der globalen Vermögensentwicklung	134
9. Kann die bestehende Ungleichheit gerechtfertigt werden?	135
10. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	135
11. „A Global Tax on Capital“	137

Auszug aus WISO 3/2014



Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

Manfred Eder

1974–1992 Mitarbeiter der AK OÖ, u.a. Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik und Geschäftsführer des ISW und von 1992–2009 Geschäftsführer der OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft „TMG“

1. Ein überraschender Bestseller

das Buch mit der größten Auflage in der 101-jährigen Geschichte der Harvard University Press

Der bisher im deutschsprachigen Raum auch unter Ökonomen wenig bekannte Professor der ECOLE D'ÉCONOMIE DE PARIS Thomas Piketty hat mit seinem in Frankreich 2013 erschienenen 700-Seiten-Buch, vor allem mit der Ausgabe in englischer Sprache vom März 2014 „Capital in the Twenty-First Century“, für internationale Furore gesorgt. Kaum ein Buch eines Nationalökonomen hatte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in der akademischen Welt und der öffentlichen Diskussion eine derart überwältigende Resonanz erhalten. Bis Juli 2014 wurden rund 500.000 Exemplare des Weltbestsellers verkauft.¹ Das meistverkaufte Buch in der 101-jährigen Geschichte der Harvard University Press. Die deutsche Ausgabe soll „demnächst“ erscheinen. Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman sieht in ihm „the most important economics book of the year – and maybe of the decade“². Piketty hat, so Krugman, den ökonomischen Diskurs verändert: „Wir werden nie mehr über Vermögen und Ungleichheit in der bisher gewohnten Weise sprechen.“³ Die Süddeutsche Zeitung schreibt hämisch von der „Nummer Eins der ungelesenen Bestseller.“⁴

2. Kritische Distanz zur eigenen Zunft

Piketty kritisiert die „childish passion“ in der Nationalökonomie für Mathematik und den Hang zum reinen Theoretisieren und zu ideologisch gefärbter Spekulation. Er spricht nicht gerne von Wirtschafts-„Wissenschaft“ und versteht sich als historisch orientierter politischer Ökonom. Der 2010 verstorbene österreichische Volkswirtschaftsprofessor Kurt Rothschild hat die Auffassung vertreten, dass es in der Nationalökonomie besser sei, eine wichtige Frage zu stellen, als eine unwichtige zu beantworten. Piketty hat mit seinem Werk Antworten und neue Erkenntnisse für einen enorm wichtigen Themenkomplex gegeben: die Entwicklung des Kapitals und der Verteilung von Einkommen und Vermögen in ausgewählten Industrieländern in drei Jahrhunderten. Für einige eine Arbeit, die des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften würdig wäre. Ob das Preiskomitee des von der Schwedischen Reichsbank gestifteten Preises auch so denkt, ist fraglich. Die Verleihung des Preises an den „linken“ Bush-Kritiker Paul Krugman hat in den USA zu heftigen Reaktionen geführt.

Die AK Wien hat den Ökonomen mit „Rockstar“-Status zu einem Vortrag eingeladen. Der Andrang war so groß wie nie zuvor. Bereits Wochen vor dem 4. Juli waren die 500 Sitzplätze im Bildungszentrum ausgebucht und die Veranstaltung wurde mit Videoscreens in andere Räumlichkeiten übertragen. Die Industriellenvereinigung (IV) hat, wie zu erwarten, auf Pikettys Auftritt bei der Arbeiterkammer mit Kritik reagiert. „Man sollte nicht den Fehler machen, ideologiegeleitete Annahmen mit der Realität zu verwechseln“, kommentierte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer Pikettys Thesen. Es sei „gleichermaßen bezeichnend und entlarvend, dass sich die AK ausgerechnet Thomas Piketty einlädt“, der in Frankreich als Vordenker der Sozialistischen Partei mit verantwortlich sei für „die aktuelle wirtschaftliche Misere des Landes“.⁵

großes Interesse an Piketty auch in Wien

Das vor allem durch seine steuerpolitischen Vorschläge potenziell betroffene „Establishment“ versucht das Buch und seine Erkenntnisse und Therapievorschläge mit Hilfe seiner Verbündeten in Politik, Wissenschaft und Medien in Frage zu stellen. Bisher mit mäßigem Erfolg, vor allem aber mit dem nicht gewollten Effekt, dass immer mehr Menschen mit diesem Werk konfrontiert werden.

Eliten mobilisieren gegen das Buch

Piketty und seine wissenschaftlichen Partner wie Anthony Atkinson von Oxford und Emmanuel Saez von Berkley sind global führende Experten für die Erforschung der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung. Sie verfügen über die größte Datenbank zu diesem Themenbereich und haben statistische Techniken entwickelt, die es ermöglichen die Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen weit zurück in die Vergangenheit zu verfolgen.

Die Analyse konzentriert sich auf die sehr Reichen (10 Prozent, 1 Prozent und teilweise sogar 1 Promille der Bevölkerung). Diese Methode ist den vielen anderen Verteilungsstudien, die die Spitzenverdiener und Eigentümer großer Vermögen nicht gesondert erfassen, weit überlegen. Die Analyse reicht zeitlich weit ins 18. Jahrhundert zurück und erfasst die wichtigsten kapitalistischen Länder. Es werden, soweit verfügbar, Steuerdaten und nicht die Ergebnisse von Befragungen verwendet. Letztere untererfassen die Einkommen und Vermögen an der Spitze.

Fokus der Analyse liegt bei den Spitzen der Einkommens- und Vermögenspyramide – darin liegt die hohe Relevanz und sozialpolitische Brisanz

Das Buch ist auch für NichtökonomInnen verständlich, allerdings sehr umfangreich.

3. Verteilung von Einkommen und Vermögen: Zurück ins 19. Jahrhundert?

„Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen (für die Gesellschaft, Ergänzung des Verfassers) begründet sein.“ Mit dem zweiten Satz des ersten Artikels der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ durch die Französische Nationalversammlung im Revolutionsjahr 1789 startet Piketty seine Einleitung. Gewissermaßen ein politisches Bekenntnis.

Was wissen wir wirklich über die Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen seit dem 18. Jahrhundert und welche Entwicklung ist im 21. Jahrhundert zu erwarten? Führen Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt und ein höheres Qualifikationsniveau, wie dies einige Ökonomen postulieren, zu einer egalitäreren Verteilung, oder wird sich die in den vergangenen Jahrzehnten feststellbare Konzentration von Einkommen und Vermögen verstärken? Sind wir verteilungspolitisch auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert, als 10 Prozent der Bevölkerung 90 Prozent und 1 Prozent 60 Prozent der Vermögen hatten? Das sind zentrale Fragen, auf die Piketty versucht, eine Antwort zu geben.

4. Ungeregelter Kapitalismus führt zur Akkumulation und Konzentration der Vermögen

In Teil 2 des Buches beschäftigt sich Piketty mit der Entwicklung des Vermögens und seiner Struktur in Relation zum Volkseinkommen über drei Jahrhunderte.

Er hat eine mutige und einfache Theorie über die langfristige Entwicklung des Kapitals und dessen Verteilung. Diese ist aber, deren Richtigkeit vorausgesetzt, von größter Bedeutung. Im Wesentlichen geht er davon aus, dass die Rendite des Vermögens (r) langfristig größer ist als die Wachstumsrate des Volkseinkommens (g). Die Folge ist eine Konzentration des Vermögens. Der Kapitalismus generiert damit „willkürliche und unhaltbare

*Kapitalismus
generiert unhaltbare
Ungleichheiten*

Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip unterminieren und damit eine der Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage stellen“ (Piketty, Einleitung).

Zwischen dem Jahr 1700 und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts ist diese Relation mit 700 Prozent sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien stabil geblieben. Bis 1950 ist es zu einer kriegs- und krisenbedingten Reduktion der Vermögenswerte gekommen. Diese sind „abgestürzt“ und betragen in den 50er-Jahren nur noch das Doppelte des Volkseinkommens. Nach 1950, insbesondere aber seit den 70er- und 80er-Jahren hat sich die Entwicklung umgekehrt. Der Wert des Kapitalstockes in Frankreich und England beträgt wieder das Fünf- bis Sechsfache des Volkseinkommens. Für Deutschland ist eine ähnliche Entwicklung mit geringeren Ausschlägen festzustellen. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich die Kapitalstruktur stark verändert. Das öffentliche Kapital wurde durch Privatisierungen, die oft zur Freude der Käufer zu niedrigen Preisen erfolgten, stark reduziert.

Piketty unternimmt den Versuch einer globalen Prognose der Entwicklung der Relation des Kapitals zum Volkseinkommen bis zum Ende des Jahrhunderts. Ergebnis ist, dass wir uns verteilungspolitisch wieder zurück auf dem Weg ins 19. Jahrhundert befinden und, wenn steuerpolitisch nichts unternommen wird, es nicht unwahrscheinlich scheint, dass bis Ende dieses Jahrhunderts mit einem Wert über 700 Prozent wieder der Höchststand in der Geschichte erreicht werden könnte.

wir sind verteilungspolitisch wieder auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert

Die Grafik 1 im Anhang zeigt die Relation der Vermögen zum Volkseinkommen. Diese ist zwischen 1910 und 1950 kriegs- und krisenbedingt dramatisch zurückgegangen. Seither ist diese Relation und mit ihr die ungleiche Verteilung wieder im Steigen begriffen.

5. Einkommens- und Vermögensverteilung außer Rand und Band

Hinsichtlich der Verteilung der Arbeitseinkommen bestehen große Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern. Die egalitärsten Gesellschaften sind die Skandinavier. Deutschland und Frankreich liegen in der Mitte. Am stärksten sind die Unterschiede in den USA

mit enormen Einkommenszuwächsen der Spitzeneinkommen und einer extrem ungleichen Verteilung. Österreich ist in diesem Buch, mit Ausnahme der Feststellung, dass es gemeinsam mit Luxemburg in der EU den automatisierten Datenaustausch mit den Steuerbehörden blockiert hat, nicht enthalten.

Die Verteilung des Vermögens ist im Vergleich mit der Verteilung der Arbeitseinkommen durch eine beträchtlich stärkere Ungleichheit gekennzeichnet.

in gesamter Eurozone sind Vermögen extrem konzentriert

In der gesamten Eurozone sind die Vermögen extrem konzentriert. Dies zeigt auch eine Studie der Europäischen Zentralbank. In Österreich ist die Ungleichheit am stärksten. 10 Prozent der Haushalte besitzen nach den „unbereinigten“ Daten 62 Prozent der Vermögen. Auf die 40 Prozent mit den geringsten Vermögen entfallen 0,7 Prozent. Sie haben praktisch kein Vermögen.

Anteile am Nettovermögen in Prozent

	Oberste 10 Prozent	Unterste 40 Prozent
Österreich	61,8	0,7
Deutschland	59,3	0,9
Portugal	52,8	4,1
Luxemburg	51,5	3,9
Frankreich	50,0	1,8
Malta	47,1	7,4
Italien	44,9	4,9
Belgien	44,1	4,8
Spanien	43,5	7,4
Griechenland	38,9	6,5
Slowenien	36,5	8,0
Slowakische Republik	32,9	13,5

Quelle: Europäische Zentralbank 2013, aus: Florentin Glötzl: Österreich ist Schlusslicht bei Vermögensverteilung, Arbeit & Wirtschaft , 29. Juli 2013.

Junge Wissenschaftler, u.a. von der Johannes Kepler Universität Linz, haben in einer sehr beachtlichen Arbeit die österreichischen

Daten der unter Koordination der EZB durchgeführten Befragung von Haushalten in den Ländern der Eurozone (Household Finance and Consumption Survey – HFCS) hinsichtlich der systematischen Untererfassung von großen Vermögen korrigiert und gelangen zu folgenden Ergebnissen:⁶

- Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 38 % des Gesamtvermögens von 1.250 Mrd. Euro, das sind 470 Milliarden Euro.
- Fünf Prozent besitzen 58 Prozent des Gesamtvermögens.
- Ein Zehntel der Bevölkerung hält nicht 62, sondern 69 Prozent der Vermögen.

Ungleichheit der Vermögensverteilung: Österreich an der Spitze im Euro-Raum

6. USA: Gigantische Einkommensumverteilung beschleunigt Vermögenskonzentration

Für die USA beträgt der Anteil der Top 10 Prozent am Vermögen bereits 72 Prozent. Und dies auf Basis von Befragungen, die bekanntlich die Höhe der großen Vermögen systematisch unterschätzen (Piketty, S. 257, Seitenangaben nach der E-Book-Version des Buches). Dies ist auch ein Ergebnis der enormen Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Das obere Dezil (10 Prozent) der US-Bürger konnte seinen Anteil am Gesamteinkommen von 35-40 Prozent in den 70er-Jahren auf 50 bis 55 Prozent nach dem Jahr 2000 steigern (Piketty, S. 294). Bis 2030 wird dieser Wert auf 60 Prozent steigen. Von den 15 Prozentpunkten des Volkseinkommens, die von den unteren 90 Prozent ins obere Dezil umverteilt wurden, entfielen 9 Prozent auf die Top 1 Prozent (Piketty, S. 296). Hauptgrund für diese Entwicklung sind die Steigerungen der Supergagen der Manager. Diese sind „buchstäblich explodiert“. Vom Wachstum des Volkseinkommens der USA zwischen 1977 und 2007 hat das reichste Dezil (10 Prozent) rund drei Viertel und das reichste Centil (1 Prozent) 60 Prozent absorbiert.

60 Prozent des gesamten Einkommenszuwachses der USA zwischen 1977 und 2007 wurden von den Spitzenverdienern absorbiert

Seit den frühen 70er-Jahren sind die Reallöhne der Arbeiter in den USA, wenn überhaupt, nur mäßig gewachsen. Die Einkommen der Top 1 Prozent sind um 165 und die der Top 1 Promille um 362 Prozent gestiegen.⁷

Faktum ist, dass in allen reichen Ländern die Top Promille (ein Tausendstel der Einkommensbezieher) zwischen 1990 und 2010 spektakuläre Zuwächse ihrer Einkommen zu verzeichnen hatten, während die durchschnittlichen Einkommen stagnierten

(Piketty, S. 320). Diese hohen Zuwächse und Top-Gehälter der Supermanager sind nicht durch deren Leistung zu begründen. Dies zu behaupten wäre nach Piketty naiv. Die Spitzengehälter werden von Personen festgelegt, die sich selbst in diesen Einkommenshöhen bewegen (Piketty, S. 330 ff).

Das Hauptinteresse Pikettys gilt der Vermögensentwicklung und -verteilung. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wurde für Frankreich der Höhepunkt der Vermögenskonzentration registriert. 10 Prozent der Bevölkerung besaßen 90 Prozent und 1 Prozent besaß 60 Prozent des gesamten Vermögens. In den meisten Ländern war dies ähnlich. Für England werden noch höhere Konzentrationswerte ausgewiesen (Piketty, S. 337–349). Ohne Kriege und Wirtschaftskrisen hat es keinen Trend zu mehr Gleichheit in der Verteilung gegeben. Neben den beiden Weltkriegen und der großen Depression der 30er-Jahre hat auch die Steuerpolitik zu einer Verringerung der Ungleichheit beigetragen. Nach dem 1. Weltkrieg wurden die Steuern auf Einkommen und Vermögen in vielen Ländern kräftig erhöht. Diese Entwicklung ist seit den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts Geschichte. Mit der konservativen Wende durch Margret Thatcher und Ronald Reagan hat der internationale Wettlauf („race to the bottom“) zur Senkung der Steuern auf Gewinne, Spitzeneinkommen und Vermögen eingesetzt.

Steuersenkungen für Reiche und Erbschaften verstärken den Prozess der Vermögenskonzentration

Verstärkt wird der Prozess der Vermögenskonzentration durch Erbschaften. Diese gewinnen wieder stark an Bedeutung. Während z. B. in Frankreich in den 50er-Jahren der Wert der jährlichen Erbschaften bei 5 Prozent des Volkseinkommens lag, beträgt dieser 2010 15 Prozent. Tendenz weiter steigend. Diesbezüglich wurde mit 24 Prozent der Spitzenwert Ende des 19. Jahrhunderts erreicht. Dabei hat der Anteil der Schenkungen stark zugenommen. Diese haben 2010 in Frankreich fast das Niveau der Erbschaften erreicht (Piketty, S. 392).

Die dominante Dynamik, die den größten Teil der Vermögenskonzentration erklärt, ist die gegenüber dem Wachstum des Volkseinkommens (g) höhere Rendite (r). Die Logik $r > g$ impliziert, dass die Unternehmer dazu tendieren, im Lauf ihres Lebens zu Rentiers zu werden. (Piketty, S. 395).

In der Belle Époque („schöne Epoche“) zwischen 1880 und dem 1. Weltkrieg erreichte der vererbte Vermögensbestand in Frankreich mit 90 Prozent des Gesamtvermögens seinen Höchststand. 1970 betrug dieser Anteil um die 45 Prozent und 2010 knapp unter 70 Prozent. Falls keine politischen Maßnahmen gesetzt werden, rechnet Piketty damit, dass in diesem Jahrhundert die 90-Prozent-Marke erreicht wird (Piketty, S. 402). Und es ist zu befürchten, dass die Verteilung des ererbten Vermögens im 21. Jahrhundert genauso ungleich ausfällt wie in der Belle Époque (Piketty, S. 421). Inwieweit die französischen Daten auf andere Länder übertragbar sind, kann nicht beantwortet werden, da die entsprechenden exakten Zahlen fehlen. Das vorliegende Datenmaterial deutet für Deutschland, England und andere Länder in die gleiche Richtung wie für Frankreich.

7. Große Vermögen erzielen eine höhere Rendite

Ein weiterer Faktor, der die Konzentration der Vermögen verstärkt, ist die höhere Rendite für große Vermögen. Es ist ein Unterschied, ob man 10 Millionen oder 10 Milliarden Euro veranlagt. Große Vermögen werden von eigenen Managern unter Beiziehung externer Spezialisten verwertet. Die Rendite r kann so sehr unterschiedlich sein.

Piketty zeigt dies am Beispiel von mehr als 800 US-Universitäten, die ihre Vermögen veranlagen. Diese liegen zwischen einigen zehn Millionen Dollar bis zu 30 Milliarden Dollar für Harvard. Die wichtigsten Ergebnisse der Analyse der einschlägigen Reports der Universitäten sind: (Piketty, S. 447)

- Der durchschnittliche Ertrag der Veranlagen war zwischen 1980 und 2010 mit 8,2 Prozent sehr hoch und
- der Return aus den Veranlagen wird sehr stark von deren Höhe beeinflusst. Die 500 Unis, deren veranlagtes Vermögen unter 100 Millionen Dollar lag, verzeichneten einen Return von 6,2 Prozent. Die 60 Unis mit über einer Milliarde Dollar hatten einen Return von 8,8 Prozent. Die Ursache liegt vor allem in einem professionelleren und kostenintensiveren Management und der Möglichkeit der Beteiligung an großen Projekten.

große Vermögen, große Renditen am Beispiel amerikanischer Universitäten

8. Datendefizite bei der Erfassung der globalen Vermögensentwicklung

Forbes: 1987 bis 2013 hat sich die Zahl der globalen Milliardäre fast verzehnfacht

Es besteht ein erhebliches Datendefizit bezüglich der Entwicklung und Verteilung der Vermögen auf nationaler und globaler Ebene. So ist man oft auf Quellen wie das US-Magazin „Forbes“ angewiesen. Forbes erstellt seit 1987 eine globale Liste der Dollar-Milliardäre. 1987 gab es davon 149. Im Jahr 2013 waren es über 1400. Der Reichtum dieser Milliardäre stieg von 300 auf 5.400 Milliarden Dollar (Piketty, S. 434). Aber auch andere Institutionen wie die Credit Suisse, Merrill Lynch und Allianz beschäftigen sich in periodischen Reports mit dem Thema.

Auf Grundlage dieser Studien und verschiedener Schätzungen gelangt Piketty zu der Schlussfolgerung, dass die globale Ungleichheit der Vermögensverteilung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts in der Größenordnung mit der Europas zwischen 1900 und 1910 vergleichbar ist: (Piketty, S. 437)

- 1 Promille besitzt 20 Prozent (rund 4,5 Millionen Personen mit einem Vermögen von durchschnittlich 10 Millionen Dollar).
- 1 Prozent hat 50 Prozent und
- 10 Prozent haben 80 bis 90 Prozent des Weltvermögens (45 Millionen Personen mit durchschnittlich 3 Millionen Euro Vermögen)
- 50 Prozent haben praktisch nichts (unter 5 Prozent) (Piketty, S. 438)

große Vermögen, hohe Zuwächse, aber minimale Steuern

Die atemberaubende Entwicklung großer Vermögen zeigt Pitteky unter anderem an den Beispielen von Bill Gates (Microsoft) und Liliane Bettencourt (L'ORÉAL). Zwischen 1990 und 2010 stieg das Vermögen von Gates von 4 auf 50 Milliarden Dollar und von Bettencourt von 2 auf 25 Milliarden Dollar. Das jährliche Wachstum betrug 13 Prozent und inflationsbereinigt 10 bis 11 Prozent. Große Vermögen haben, richtig angelegt, die Tendenz, sich selbständig zu vermehren. Piketty zitiert zur Untermauerung seiner trockenen Zahlen über die Vermögenslage in vergangenen Jahrhunderten Autoren wie Honoré de Balzac und Jane Austen. Hier wird Stefan Zweig zitiert. In „Die Welt von gestern“ schreibt er über seinen wirtschaftlich erfolgreichen Vater: „Dank diesem Zurücklegen der Gewinne bedeutete in jener Epoche steigender Prosperität, wo überdies der Staat nicht daran dachte, auch von den stattlichsten

Einkommen mehr als ein paar Prozent Steuern abzuknappen ... für den Vermögenden das Immer-reicher-Werden eigentlich nur eine passive Leistung.“

9. Kann die bestehende Ungleichheit gerechtfertigt werden?

Niemand bestreitet, dass es für die Gesellschaft wichtig ist, Unternehmer, Erfindungen und Innovationen zu haben, und dass es dafür auch finanzielle Anreize geben muss. Dieses Argument kann aber nicht jedes Maß an Ungleichheit der Vermögensverteilung rechtfertigen. Ursprünglich durchaus zu rechtfertigende Ungleichheiten entwickeln sich über jedes mit vernünftigen Argumenten vertretbare Maß hinaus. (Piketty, S. 444)

Piketty lässt keinen Zweifel aufkommen, dass er der Meinung ist, dass die bestehenden und sich für die Zukunft abzeichnenden Unterschiede in der Vermögensverteilung nicht gerechtfertigt werden können. Letztere steht im Widerspruch zum Leistungsprinzip einer meritokratischen Gesellschaft. Das Beispiel von Frankreich in der Belle Époque beweist, dass die Eliten keine noch so absurde Heuchelei scheuen, wenn es um die Verteidigung ihrer Interessen geht – und das gilt auch für die Nationalökonomien, die einen beneidenswerten Platz in der US-Einkommens-Hierarchie belegen (Piketty, S. 514).

Spitzeneinkommen können sachlich nicht gerechtfertigt werden

10. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Die zentrale Forderung Pikettys ist die nach einer globalen und progressiven Vermögenssteuer. Er weiß, dass dies zumindest in absehbarer Zeit „utopisch“ ist. Aber diese könnte auch in Europa oder einigen „willigen“ Ländern eingeführt werden. Er sieht in der Krise der Jahre ab 2008 auch eine Folge der enormen Ungleichheit der Vermögensverteilung. Die Regierungen haben aus dieser Krise zu wenig gelernt und damit ist es wahrscheinlich, dass es nicht die letzte Krise in diesem Jahrhundert war. Er verweist auf Roosevelt, der im Kampf gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise die Spitzensteuersätze von 25 Prozent auf über 80 Prozent erhöhte. Zwischen 1932 und 1980 betrug in den USA der durchschnittliche Höchststeuersatz für Einkommen 81 Prozent (Piketty, S. 507). Frankreich und Deutschland hatten Spitzensteuersätze von 50 bis 70 Prozent.

Piketty tritt für einen modernen Sozialstaat ein, der sich um fundamentale soziale Rechte neu definiert: vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pension. Dieser Sozialstaat hat sich in den vergangenen Jahrhunderten entwickelt und mit ihm hat sich die Steuerquote erhöht.

Die wichtigste Innovation in der Steuerpolitik des 20. Jahrhunderts war die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Dieses Instrument, das einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit leistete, ist durch den internationalen Steuerwettbewerb nach unten ernsthaft in Gefahr. Das Gleiche gilt für die progressive Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Steuersätze für die Gewinne der Kapitalgesellschaften wurden mehrfach reduziert und die Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden und dergleichen) bekamen Ausnahmeregelungen, die dazu führten, dass diese Gewinneinkünfte niedriger besteuert sind als die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer. Die Konsequenz daraus ist, dass die meisten Länder Steuersysteme haben, die für die Spitze der Einkommenshierarchie regressiv sind, d.h. die Reichen zahlen prozentuell weniger Steuern als der Mittelstand und sogar niedrigere als die untere Hälfte. Am Beispiel Frankreich weist Piketty folgende Werte für die Steuerquoten aus (Piketty, S. 496):

Insgesamt	47 Prozent
50 Prozent mit niedrigem Einkommen	40–45 Prozent
Nächste 40 Prozent (6. bis 9. Dezil)	45–50 Prozent
Top 1 Promille	35 Prozent

Der Wifo-Experte Alois Guger hat bei Auftaktkonferenz des ÖGB zur Kampagne „Fair teilen“ am 20. April 2010 auf Grundlage verschiedener Untersuchungen festgestellt, dass über das Steuersystem in Österreich nicht umverteilt wird. De facto zahlen alle Arbeitnehmer unabhängig von der Einkommenshöhe um die 40 Prozent Steuern und Sozialversicherungsbeiträge – auch jene, die keine Lohnsteuer zahlen.⁸

*progressive
Besteuerung ist
wesentlich für
Sozialstaat*

Eine progressive Besteuerung ist wesentlich für den Sozialstaat. Sie hat dazu beigetragen, die vom industriellen Kapitalismus produzierten Ungleichheiten zu verringern. Diese Höchststeuersätze wurden, wie bereits erwähnt, kräftig reduziert. In den USA wurde unter Ronald Reagan (1981 bis 1989 Präsident der USA)

der Höchststeuersatz in der Einkommensteuer von 70 Prozent im Jahr 1980 auf 28 Prozent im Jahr 1988 gesenkt. Dabei waren es vor allem die USA und Großbritannien, die konfiskatorische Steuersätze für „exzessive“ Einkommen und Vermögen einführten. Auch für Erbschaften kamen in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts Steuersätze bis zu über 70 Prozent zur Anwendung.

11. „A Global Tax on Capital“

Zwei fundamentale Institutionen des 20. Jahrhunderts gilt es für Piketty zu sichern: den Sozialstaat und die progressive Einkommensbesteuerung. Um die demokratische Kontrolle über den globalisierten Finanzkapitalismus zu erreichen, bedarf es aber neuer Instrumente. Ideal wäre, wie bereits erwähnt, eine progressive, globale Vermögensteuer verbunden mit einer hohen Transparenz der Finanzmärkte (Piketty, S. 515). Dies ist zumindest für die nähere Zukunft eine Utopie.

Besteuerungsgrundlage wären alle Finanzveranlagungen und Immobilien. Folgende Steuersätze könnten zur Anwendung kommen:

Unter 1 Million Euro	0 Prozent
1–5 Millionen Euro	1 Prozent
Über 5 Millionen Euro	2 Prozent

Piketty erwartet aus der Steuer jährliche Einnahmen in Höhe von 2 bis 3 Prozent des Volkseinkommens (Piketty, S. 518 und S. 528). Für Österreich wären dies rund 6 bis 9 bzw. Milliarden Euro. Das primäre Ziel dieser Steuer ist aber nicht der Beitrag zur Finanzierung der Staatsausgaben oder des Sozialstaates, sondern die Regulierung des Kapitalismus und die Herstellung der Transparenz über die Höhe und Verteilung der Vermögen. Dazu sollte es einen möglichst globalen, automatisierten Datenaustausch der Banken mit den Steuerbehörden geben. Die sollte auch für die Steueroasen durchgesetzt werden. Steuerhinterziehung, stellt er fest, ist klarer Diebstahl (Piketty, S. 521). Die USA haben 2010 ein Gesetz beschlossen, das alle ausländischen Banken bis 2015 verpflichtet, das Treasury Department (Finanzministerium) über alle Bankkonten und Investments von U-Bürgern zu informieren. Dieses Gesetz ist bedeutend wirksamer als die auf EU-Ebene beschlossenen Direktiven (Piketty, S. 522).

Steuerhinterziehung ist Diebstahl

Piketty kritisiert auch die Haltung Österreichs und Luxemburgs, die viele Jahre den automatisierten Datenaustausch in der EU verhindert haben. Nun soll dieser ab 2017 flächendeckend umgesetzt werden.

18 Länder der EU haben die gemeinsame Währung eingeführt,⁸ weitere haben die Absicht, dies zu „gegebener“ Zeit zu tun. Diese sicherlich nicht einfache Umstellung ist realisiert worden. Auf dem Gebiet einer gemeinsamen Steuerpolitik wurde bislang nichts oder bestenfalls wenig erreicht. Dafür sind vor allem die großen EU-Länder (Ergänzung des Verfassers: vor allem das konservativ regierte Großbritannien als Schutzpatron des Finanzkapitals und der Steuervermeider und Steuerhinterzieher) verantwortlich (Piketty, S. 522).

Um der Steuerhinterziehung wirkungsvoll begegnen zu können, bedarf es der Sanktionen nicht nur gegenüber den Banken, sondern auch den Staaten, die ihre Banken nicht zur Offenlegung verpflichten. Es geht um enorme Summen. Für die EU gibt es Schätzungen, die den jährlichen Ausfall an Steuereinnahmen durch Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und nicht gerechtfertigte Steuerschlupflöcher auf 1000 Milliarden Euro beziffern. Dies entspricht dem Budget der EU für die gesamte laufende sechsjährige Haushaltsperiode.⁹

*legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung
beachtlich*

Die legalen Möglichkeiten zur Vermeidung von Steuern sind beachtlich. Es gibt nach Piketty kaum Milliardäre, die in ihren Steuererklärungen Einkommen in dreistelliger Millionenhöhe ausweisen. Als Beispiel führt er wieder Liliane Bettencourt, die L'ORÉAL-Erbin und reichste Person in Frankreich, an. Sie hat niemals mehr als 5 Millionen Euro als jährliches Einkommen deklariert. Dies ist etwas mehr als 1 Promille ihres Vermögens von 30 Milliarden Euro.

Auch das österreichische Steuersystem schont die großen Vermögen. „Die Familie Fries hat, wie ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser feststellte, beim Verkauf ihrer Anteile an Böhler-Uddeholm 607 Millionen Euro verdient – und dafür (vorerst, der Verfasser) null Steuern gezahlt.“ Mittelfristig liegt die Steuerersparnis im dreistelligen Millionenbereich. Der erfolgreiche Unternehmer Glock hat seiner geschiedenen Frau und seinen Kindern über 100

Millionen Euro geschenkt (NEWS, 7. Dezember 2011). Zumindest nach geltendem Recht müsste dafür keine Steuer bezahlt werden. Eine WIFO-Studie zeigt, dass in Österreich Arbeit im Gegensatz zu Kapital steuerlich immer stärker belastet wird: Die durchschnittliche Steuerbelastung von Lohneinkommen hat sich seit 1970 von 7,5 Prozent auf 14,5 Prozent im Jahr 2007 mehr als verdoppelt, jene des Kapitals ist hingegen sogar gesunken. Auch im EU-Vergleich schaut es für die österreichischen Arbeitseinkommen schlecht aus: Arbeit wird höher, Kapital niedriger besteuert als im EU-Durchschnitt (aus: ÖGB-Schwerpunkt, Reden wir über Reichtum, 2010). Von einem fairen Steuersystem sind wir in Österreich weit entfernt.

Österreich: hohe Besteuerung von Arbeit und niedrige Besteuerung von Kapital

Die AK-Präsidenten Kalliauer und Kaske haben gemeinsam mit Jakob Kapeller von der JKU Linz die Ergebnisse einer Studie über die zu erwartenden Einnahmen einer Vermögensteuer präsentiert. Mit maßvollen Steuersätzen bringt diese, nach den hier aus sechs berechneten Modellen ausgewählten 2 Varianten, zwischen 2,6 und 6,9 Mrd. Euro Mehreinnahmen.¹¹

Modell – Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1-2 Millionen: 0,3 % > 2 Millionen: 0,7 %	3,3 Mrd. Euro*	2,6 Mrd. Euro**
Modell – Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1-2 Millionen: 0,7 % 2-3 Millionen: 1 % > 3 Millionen: 1,5 %	6,9 Mrd. Euro*	5,3 Mrd. Euro**

Quelle: AK Oberösterreich, Vermögensteuer bringt Milliarden, 6.2.2014, Pressekonferenz vom 29.1.2014, Internet. * ohne / ** mit Ausweicheffekt.

Die Vorschläge Pikettys unterstützen die Forderungen der AK nach einer Besteuerung großer Vermögen sowie von Schenkungen und Erbschaften.

Piketty plädiert im Wissen um die Widerstände gegen eine globale Vermögensteuer für eine europäische Lösung. Von den bekannten Modellen hält er wenig: zu viele Ausnahmen, zu geringe Steuersätze, fehlende Transparenz und die Möglichkeit zur Steuerflucht.

Regulierung ist notwendig

Der zentrale Widerspruch des Kapitalismus liegt für Piketty in der Relation Vermögensrendite (r) und Wachstum des Volkseinkommens g . Ist r langfristig größer als (g), wovon Piketty auf Basis seiner Analysen ausgeht, geht davon eine Gefahr für unsere demokratischen Gesellschaften mit ihren Werten der sozialen Gerechtigkeit aus: einerseits durch den Trend zur Oligarchie mit einer großen Konzentration wirtschaftlicher Macht und damit des hohen Einflusses auf die Politik, Wissenschaft und Medien (Krugman, a.a.O.: Great wealth purchased great influence). Andererseits steigt die Gefahr, dass der demokratische Rechtsstaat durch breite Teile der Bevölkerung in Frage gestellt wird.

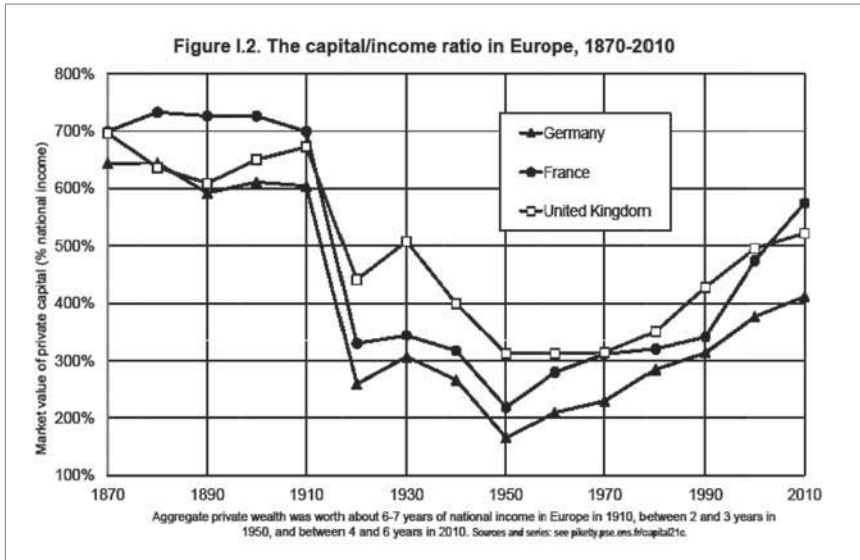
Die Vorschläge Pikettys sind so gesehen auch als Beitrag zur Rettung des Kapitalismus gedacht.

Anmerkungen

1. Anfragebeantwortung durch den Verlag an den Autor.
2. New York Times, 23. März 2014, <http://www.dailymkos.com/story/2014/03/23/1286915/-Krugman-Wealth-Over-Work#>
3. Krugman, Paul: Why we are in a New Gilded Age, S.12. <http://www.nybooks.com/articles/archives/2014/may/08/thomas-piketty-new-gilded-age/>
4. Süddeutsche Zeitung Magazin, Blog, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/blogs/nummereins/4528/die-nummer-eins-der-ungelesenen-bestseller/>
5. Salzburger Nachrichten, 4. Juli 2014, <http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/wirtschaft/sn/artikel/thomas-piketty-ist-kein-marxist-112730/>
6. Eckerstorfer, Paul et al.: Reichtumsverteilung in Österreich, WISO Nr. 4/2013, S. 37 ff.
7. Krugman, Paul: siehe 3), S. 8.
8. APA,OTS0284, 20. April 2010 und Guger, Alois, Marterbauer, Markus: Umverteilung durch den Staat, WIFO Monatsberichte, 11/2009, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=37545&mime_type=application/pdf
9. EU-Kommissar Algirdas Šemeta, zitiert in: FAZ, 6.12.2012, Daten auf Grundlage einer Studie des Briten Richard Murphy, Gründer des „Tax Justice Network“, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/recht-steuern/vorgehen-gegen-steuersuender-eu-warnt-vor-steuerausfall-von-1-billion-euro-11984628.html>
10. Aus: ÖGB-Schwerpunkt, Reden wir über Reichtum, 2010.
11. Eckerstorfer, Paul et al.: Aufkommenspotenzial einer Vermögensteuer, Zusammenfassung, 29. Jänner 2014, http://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2014/Vermoegensstudie_Teil2_29.01.2014.pdf, http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Vermoegenssteuer_bringt_Milliarden.html

Anhang

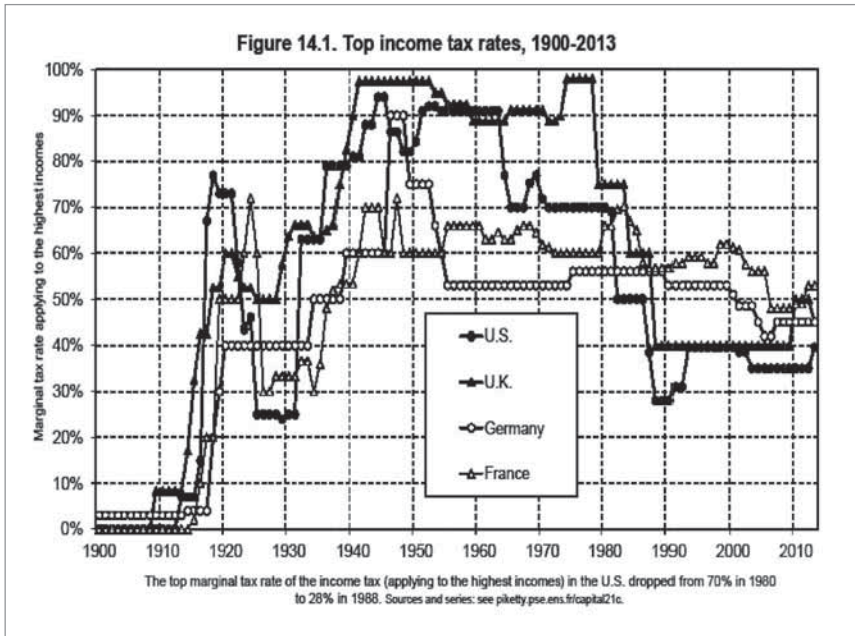
Grafik 1: Entwicklung des Nettovermögens in Prozent des Volkseinkommens 1870 bis 2010 (Deutschland, GB, Frankreich)



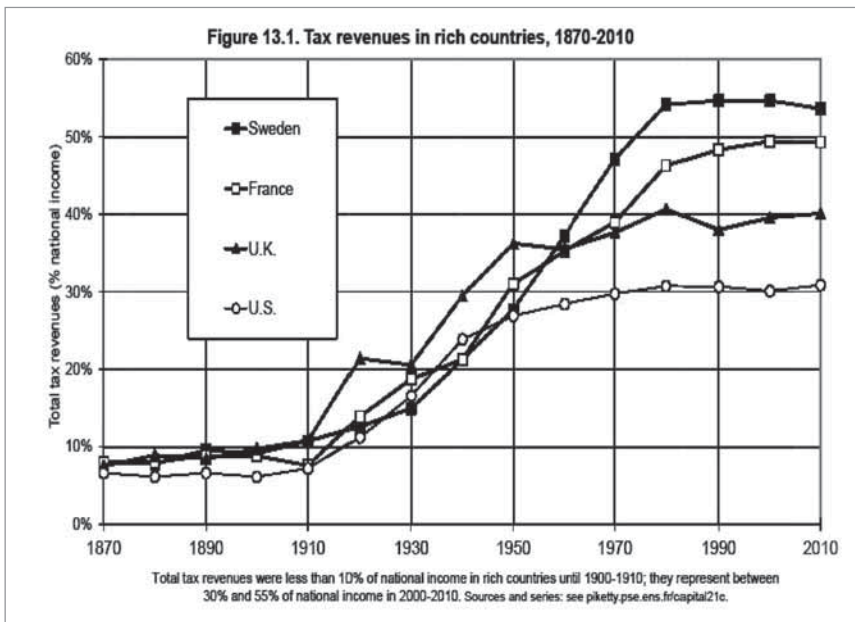
Grafik 2: Entwicklung der Einkommensungleichheit in Europa und den USA 1900 bis 2010 (Anteil der Top-10 Prozent am Gesamteinkommen)



Grafik 3: Entwicklung der Einkommen – Spitzensteuersätze 1900 bis 2010 in ausgewählten Industrieländern



Grafik 4: Entwicklung der Steuereinnahmen in Prozent des Volkseinkommens 1870 bis 2010 (S, F, GB, US)



WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise: * Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

- Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)
 Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at